

# Garrelt Duin

## Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim  
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße  
Garrelt Duin, MdB



## Konjunkturpakete – Regierung ohne Konzept

Bundestag debattiert Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion - Kahlschlag bei Förderprogrammen gefährdet Aufschwung

Der Bundestag hat am Freitag über die Wirkung der Konjunkturpakete diskutiert, die zu Zeiten der großen Koalition verabschiedet wurden. Experten aller Couleur sind sich einig: Es waren diese Maßnahmen, die entscheidend mit dazu beigetragen haben, Deutschland ohne große Blessuren durch die Wirtschafts- und Finanzkrise zu bringen.

Doch was haben die Pakete konkret bewirkt? Wie viele Arbeitsplätze konnten durch die im internationalen Vergleich einmaligen Regelungen zur Kurzarbeit erhalten werden? In welchem Umfang wurden die Angebote für zinsgünstige Kredite und Bürgschaften in Anspruch genommen?

Diese und andere Punkte hat die SPD-Bundestagsfraktion in einer Großen Anfrage an die Bundesregierung aufgeführt, deren Beantwortung durch die Regierung Anlass zur Debatte im Plenum war.

Einige der Antworten: Dank der Regelungen zur Kurzarbeit wurden rund 350.000 Arbeitsplätze erhalten. Bis Mai 2010 haben Unternehmen Kredite und Bürgschaften in Höhe von rund 34 Milliarden Euro aus dem Wirtschaftsfond Deutschland in Anspruch genommen. Diese Zahlen

sprechen für sich.

Leider beeindruckt dies die schwarz-gelbe Bundesregierung offenbar wenig: Kaum ist Deutschland auf einem halbwegs stabilen Wachstumspfad, setzen Bundeswirtschaftsminister Brüderle und seine Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Axt an.

Das Auslaufen der Konjunkturpakete, die Kürzungen bei den Programmen für die Gebäudesanierung und der Städtebauförderung und das Einstampfen der Erleichterungen in der Kreditvergabe stellen Gefahren für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dar. Denn Experten warnen: Der Aufschwung trägt noch nicht selbst. Der konjunkturelle Übermut auf Seiten von Brüderle & Co. kommt eventuell zu früh.

Beim Thema Kreditversorgung etwa behauptet die Bundesregierung steif und fest, es gebe keine Kreditklemme, die Finanzierung der Unternehmen und insbesondere des Mittelstandes sei sichergestellt. Der Mittelstandsreport des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) spricht jedoch eine andere Sprache: 21 Prozent der befragten Unternehmen berichten von verschlechterten Bedingungen und abgelehnten Krediten.

Deshalb muss sehr sorgfältig geprüft werden, ob einige der Finanzierungsinstrumente auch über das Jahresende 2010 fortgeführt werden können - eine Haltung, die sich mittlerweile auch auf EU-Ebene durchsetzt, wo Wettbewerbskommissar Almunia eine Verlängerung der europarechtlichen Rahmenbedingungen in Aussicht gestellt hat.

Was macht die Bundesregierung? Brüderle will davon nichts wissen, kürzt stattdessen die Mittel für die Förderung der regio-

nen Wirtschaftsstruktur und hält an untauglichen Instrumenten fest. Bestes Beispiel: der Kreditmediator. Dieses Institution hat bislang nur 71 Anträge bearbeitet und nur fünf erfolgreich abgeschlossen. Die 2,4 Millionen Euro für sein Büro sind woanders besser angelegt.

Fazit: Die Konjunkturpakete wirken. Dieser Erfolg darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Doch genau das tut Schwarz-Gelb. Verantwortung für unser Land sieht anders aus.



Garrelt Duin forderte im Bundestag, bewährte Teile der Konjunkturpakete fortzusetzen.

# Mittelstand schaut in die Röhre

## Schwarz-Gelb hemmt die Entwicklung kleiner Firmen

Im Bundeshaushalt sind 600.000 Millionen Euro für die regionale Wirtschaftsförderung kleine Fische - für Investitionen kleiner und mittlerer Betriebe ist ein Minianteil davon nicht selten der letzte Schub, die Ausgaben für eine Betriebserweiterung zu stemmen. Oder um eine neue Firma zu starten.

Die vorgeblichen Freunde des Mittelstands aus CDU und FDP haben jetzt gezeigt, wie ihnen der Mittelstand tatsächlich am Herzen liegt: Sehr weit entfernt. Sie haben im zuständigen Wirtschaftsausschuss des Bundestags eine Kürzung der Mittel um 26 Millionen Euro beschlossen - eine Summe, die sich verdoppelt, weil es sich um eine Gemeinschaftsaufgabe des Bundes und der Länder handelt, die sie zu gleichen Teilen finanzieren.

Die SPD erkennt den Wert dieser Gemeinschaftsaufgabe namens GRW besonders für strukturschwächere Gebiete. Sie beantragte, von einer Kürzung abzuweichen. Damit biss sie bei der Regierungskoalition auf Granit.

Die Abgeordneten von CDU, CSU und FDP leisteten sich obendrein noch die Unverfrorenheit: Mit einer Ausnahme stimmten sie der Kürzung zu, obwohl sie diese gut eine Stunde vorher im Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik einmütig abgelehnt haben.

Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, der im Wirtschaftsausschuss für die Sozialdemokraten spricht, fehlt jegliches Verständnis für Union und FDP: „Die Regierung beschädigt ein Erfolgsmodell.“ Die GRW-Förderung hilft vorwiegend dem Mittelstand, aber auch den Kommunen in ländlichen Regionen wie Ostfriesland. Den manchmal nur kleinen Zuschüssen sind viele Arbeitsplätze zu verdanken, weil viele Firmen die Investitionen ohne diese wertvolle Staatshilfe gar nicht hätten leisten können. Duin: „Das Geld des Staates wird vergoldet. Es sichert oder schafft Jobs, die Zuschüsse fließen als Steuern zurück.“

Eine neutrale Erfolgskontrolle der GRW-Förderungen sagt, dass in

den letzten drei Jahren Bund und Länder mit 4,1 Milliarden GRW-Mitteln mehr als 26,2 Milliarden Euro an Investitionen ausgelöst haben. Nach einer Förderung melden Betriebe im Schnitt fast fünf Prozent mehr Mitarbeiter und einen sichtbaren Wachstumssprung. Duin: „Mit der verschlechterten GRW-Förderung sehen viele kleinere Betriebe bei uns in die Röhre.“

Wirtschaftsförderer bestätigen diesen Trend. Auch das Land Niedersachsen tritt bei der regionalen Wirtschaftsförderung auf die Bremse. Es sind verschärfte Förderkriterien zu erwarten, so dass die Hürden für Firmen vor einer Förderung höher sein werden.

# Fair teilen

## Sparpaket bekämpfen

Das im Juli von der Bundesregierung verabschiedete Sparpaket verschlechtert die Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen in Deutschland. Einschnitte für die Bezieher von ALG II, etwa bei der Altersvorsorge, Sparmaßnahmen bei der Bundeswehr mit negativen Konsequenzen für viele Standorte, Streichungen beim Ausbau und Erhalt der öffentlichen Infrastruktur, die unsinnige Luftverkehrssteuer - das Sparpaket verspielt Deutschlands Zukunft. Vertreter von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden wenden sich im Aufruf „Zukunft statt Sparpaket“ gegen diese Politik. Garrelt Duin gehört zu den Erstunterzeichnern. Mehr unter [www.zukunft-statt-sparpaket.de](http://www.zukunft-statt-sparpaket.de)



# Schwarz-Gelber Lobbyismus

## Stromkonzerne, Pharmafirmen, private Krankenkassen - die Regierung verteilt Geschenke. Die Bürger haben das Nachsehen

Die Übernahme der Regierungsverantwortung durch CDU/CSU und FDP vor einem Jahr markiert den Einstieg in eine Politik für Klientel- und Lobbygruppen. Ein Jahr Schwarz-Gelb dokumentiert eine in 60 Jahren Bundesrepublik beispiellose Machtübernahme ausgewählter gesellschaftlicher Interessengruppen. Wer erwartet hatte, diese Koalition würde dem Gedanken des Wettbewerbs folgen, sieht sich getäuscht. Von Steuerprivilegien profitieren Hoteliers und reiche Erben, von der Zementierung von Monopolstrukturen im Energiebereich große Konzerne. Die

Beteiligung der Finanzwirtschaft an der Haushaltssanierung wird abgesagt, die Finanztransaktionssteuer verschwindet in der Schublade. Aber für die Mehrheit im Land entpuppt sich das Versprechen von „mehr Netto“ als Lüge: Keine Lobby haben normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die höhere Beiträge und Zusatzbeiträge für Gesundheit zahlen und die Kostensteigerungen des künftig allein schultern müssen. Keine Lobby haben Arbeitslose, denen das Elterngeld genommen und die Arbeitsvermittlung gestrichen wird. Keine Lobby haben Allein-

erziehende, die vergeblich auf mehr Betreuungsangebote warten müssen. Keine Lobby haben Kinder aus armen Familien, denen gleiche Bildungschancen durch bessere Schulen mit mehr Ganztagsangeboten verweigert werden. Keine Lobby haben die Kommunen in Finanznot, die Betreuung und Bildung ausbauen müssten. Noch nie hat sich das Kanzleramt in dieser Weise zum Handlanger gemacht. Die Regierungszentrale ist zu einem Hinterzimmer für Lobbyisten geworden. Dem Finanzminister geben Großbanken die entscheidenden Ratschläge. Dem Ge-

sundheitsminister schreibt die Pharmaindustrie die Gesetzentwürfe. Bundeskanzlerin Angela Merkel macht mit vier marktbeherrschenden Großkonzernen der Energiewirtschaft Geheimdeals gegen den Rest der Republik, über die ihr Kanzleramtchef keine vollständige Auskunft geben will. Dass beim Atomdeal nicht einmal die Verfassungsordnung respektiert wird, zeigt die Absicht, den Bundesrat zu umgehen. Diese Regierung verfehlt ihren Auftrag, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Sie tut das genaue Gegenteil. Schwarz-Gelb spaltet das Land.

## Arbeitsessen zum Thema Einzelhandel



**Einblick in die Einzelhandelsbranche:** Bei einem Arbeitsessen auf Einladung der METRO AG informierte sich Garrelt Duin über aktuelle Themen aus der Einzelhandelsbranche. Markus Stolz, Leiter Public Affairs des Düsseldorfer Unternehmens (Bildmitte), sowie weitere Vertreterinnen und Vertreter der Vertriebslinien Galeria Kaufhof, Real und Metro Cash & Carry, erläuterten unter anderem das Nachhaltigkeitsengagement des Unternehmens. Garrelt Duin wies auf die teilweise schlechten Arbeitsbedingungen im Handel hin, insbesondere bei Discountern. Er warnte davor, durch weitere Preissenkungen die Lage der Lieferanten wie etwa der Milchbauern noch weiter zu beeinträchtigen. Ebenfalls zur Sprache kam die Situation im von der Schließung bedrohten Real-Markt in Aurich. Teilnehmer der Runde war auch Wolfgang Emke, Leiter der Real SB-Warenhaus GmbH in Emden.

## FDP will Schifffahrtsbehörden an den Kragen



Die FDP will den Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen an den Kragen. Damit setzt sie langfristig die Sicherheit des Schiffsverkehrs auf Flüssen und an Küsten aufs Spiel. Das ruft nicht nur die Beschäftigten der Schifffahrtsbehörden auf den Plan. An ihrer Seite steht zum Beispiel die Branche für Schiffbau und Meerestechnik,

die sich gegen eine weitgehende Privatisierung wendet. Sie weiß die Verlässlichkeit des Staates in diesem Bereich zu schätzen.

Die FDP bringt die Schifffahrtsbehörden in unsichere Fahrwasser. Deshalb diskutierte die „Küstengang“, in der sich die

Bundestagsabgeordneten der SPD aus den deutschen Küstengebieten zusammengeschlossen haben, die Lage. Die Abgeordneten diskutierten in ihrer jüngsten Sitzung in Berlin unter Leitung von Uwe Beckmeyer, Bremen, mit dem Hauptpersonalratsvorsitzenden des Bundesverkehrsministeriums, Martin Assing, dem Personalratsvorsitzenden der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest in Aurich, Torsten Müller, und Sigrid Müller, bei Verdi zuständig für die Schifffahrtsbehörden.

Der Trend nicht nur bei der FDP, sondern auch bei CDU/CSU ist deutlich: Der Bund zieht sich nach und nach aus der Verantwortung auf dem Wasser zurück. Er kürzte den Personalbestand in den vergangenen 15 Jahren um ein Drittel, ohne Aufgaben zu kürzen. Jetzt ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Die Privatisierung wartet nicht mehr vor verschlossener Tür - die Tür steht weit offen. Es besteht der Verdacht, dass schließlich nur noch eine einzige Schifffahrtsbehörde

für die ganze Küste übrig bleibt - und sie läge nicht in Aurich.

Der Bund stellt nur wenige Mitarbeiter neu ein, der Altersschnitt ist hoch, altersbedingte Abgänge werden nur selten ersetzt.

Torsten Müller sagt, dass 80 Prozent der Exporte über See gehen. Deshalb sei die Sicherheit des Schiffsverkehrs entscheidend für die deutsche Wirtschaft.

Garrelt Duin verlangt, dass die Regierung sich nicht aus der staatlichen Daseinsvorsorge für den Wirtschaftsstandort Deutschland zurückzieht. „Diese Hoheitsaufgabe darf der Staat nicht privatisieren.“ Die Schifffahrtsverwaltung dürfe auch andere Kernkompetenzen nicht abgeben, zum Beispiel die Überwachung eigener Aufträge wie den Schleusenbau.

Torsten Müller bestätigt, dass die Behörden kaum noch alle Auftragsvergaben prüfen können - wegen Personalmangels.

# Die Regierung Merkel im Faktencheck : Ursula von der Leyen - immer nur lächeln

Ursula von der Leyens Sozialpolitik wird auch durch Lächeln nicht schön. Einige Beispiele: Missbrauch der Leiharbeit. Als Anfang des Jahres ruchbar wurde, dass Schlecker Leute entlassen und dieselben Personen über eine eigene Leiharbeiterfirma wieder zu schlechteren Löhnen einstellte, verkündete von der Leyen den Mindestlohn. Im Mai 2010 bekräftigte sie dies auf einem DGB-Kongress. Doch nichts ist geschehen. Von gespielter Empörung können sich Leiharbeiter nichts kaufen.

Auch beim Mindestlohn brach von der Leyen ihre Worte. Als Arbeitsministerin verkündete sie tarifliche Mindestlöhne - gekoppelt mit der Versicherung: „Die Politik wird in die Vereinbarungen der Tarifpartner nicht ein-

greifen.“ Tatsächlich griff sie im Mindestlohnvertrag für die Dachdecker massiv ein und verkürzte die von den Tarifpartnern vereinbarte Laufzeit von vier auf zwei Jahre. Den Pflegemindestlohn erklärte sie nicht nur einen Monat zu spät als allgemeinverbindlich, sondern befristete ihn auf 2014 - obwohl die Pflegekommission eine unbefristete Laufzeit beschlossen hatte. Fazit: Tarifautonomie achtet sie nach Gutsfrauenart.

Sie bekämpft Kinderarmut nur halbherzig und bagatellisiert sie. Mit Rechenricks bei den Regelsätzen und Mogelpackungen bei der Bildungsteilnahme täuscht sie die Öffentlichkeit.

Von der Leyen hat oft von den Erfolgen anderer profitiert und

sich mit fremden Federn geschmückt. Schon als Familienministerin zehrte sie beim Elterngeld von der Politik Renate Schmidts. Als Arbeits- und Sozialministerin profitiert sie bei der Kurzarbeit, die viele Menschen in der Krise vor der Arbeitslosigkeit bewahrte, von ihrem Vorgänger Olaf Scholz. Auch die Absicherung der Jobcenter, drei Jahre von der CDU torpediert, konnte nur umgesetzt werden, weil von der Leyen einen SPD-Vorschlag aufnahm.

Von der Leyen gilt als modern. In Wahrheit geht sie bloß mit der Mode und inszeniert Soziales als Masche. Sie ist eine kühle Konservative, die in die Kameras lächelt und unsoziale Politik macht. In der CDU gilt sie als universell einsetzbar. Mit politi-



schen Inhalten hat das wenig zu tun. Sie muss der glanzlosen, zerstrittenen und erschöpften Union nur ein freundliches Gesicht geben. Lächeln als Politikersatz.

## Dirk Niebel - der Abwicklungsminister

Der Amtsantritt des FDP-Generalsekretärs Dirk Niebel als Minister stand unter keinem guten Stern. Kaum an der Macht, bekam Niebel den Posten zugeschoben, den er Wochen zuvor noch abschaffen wollte. Die bisherige Bilanz des Ministers lässt allerdings vermuten, dass er die Abschaffung der Entwicklungspolitik nun von Innen bearbeitet.

Innerhalb kürzester Zeit hat er das hohe Ansehen deutscher Entwicklungszusammenarbeit herunter gewirtschaftet: Wenn es nach Minister Niebel geht, sollen vor allem bilaterale Projekte mit aufgesetztem deutschen Fähnchen gefördert werden. Schwarz-Gelb sabotiert die notwendige und in der Vergangenheit erfolgreiche multilaterale Zusammenarbeit. Deutschland muss zu seiner Verantwortung für die Ärmsten in der Welt stehen. Wir fordern einen Aktionsplan zur Realisierung der Millenniums-Ziele als Grundlage für die wei-

teren Verhandlungen auf internationaler Ebene.

Der Haushaltsentwurf der schwarz-gelben Regierung für das Jahr 2011 offenbart das Desinteresse des Ministers an seinen Aufgaben. Der Finanzplan bis 2014 sieht einen deutlich sinkenden Entwicklungshaushalt vor. Die Zusage, bis 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, ist unter Schwarz-Gelb nichts mehr wert. Was auf internationaler Bühne in großer Pose verkündet wurde, wird im politischen Alltag stillschweigend wieder kassiert. Das Ministerium degeneriert unterdessen mehr und mehr zur Versorgungsanstalt für altgediente FDP-Funktionäre. Es muss endlich Schluss sein mit der Versorgungspolitik für Parteifreunde. Niebel muss sich endlich auf die Sachpolitik konzentrieren.

Stattdessen behindert er den zivilen Aufbau in Afghanistan mit seiner Ankündigung, nur noch

solche Hilfsorganisationen unterstützen zu wollen, die künftig mit der Bundeswehr kooperieren. Dies wird zu Recht durch alle Hilfsorganisationen abgelehnt. Wenn die Hilfsorganisationen dabei sogar von Erpressung und Nötigung sprechen, zeigt das, wie viel Porzellan Niebel in den vergangenen Monaten in der Entwicklungspolitik zerschlagen hat. Die SPD-Bundestagsfraktion wendet sich vehement gegen eine Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Kürzung der Mittel für den von Heidemarie Wiecek-Zeul ins Leben gerufenen Jugendfreiwilligendienst „Weltwärts“ ist haushaltspolitische Willkür. Wir werden uns stattdessen für eine Ausweitung des Programms einsetzen. Durch Weltwärts werden junge Menschen für global verantwortliches Handeln und bürgerschaftliches Engagement gewonnen. Dies wollen wir fortführen und verstärken.

### Spruch der Woche

„Brüderle ist ein konjunkturpolitischer Wetterfrosch.“

Garrelt Duin als Entgegnung auf die Äußerung von Minister Brüderle, man müsse den (Konjunktur-) Schirm zu klappen, wenn es aufhören zu regnen

### Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 - 227 - 70145  
Fax: 030 - 227 - 76445  
garrelt.duin@bundestag.de  
www.garreltduin.de